

Bolivien ist das jüngste Opfer des Plans Condor II

Adolfo Pérez Esquivel
08.12.2019



Der lateinamerikanische Kontinent ist erneut Opfer von militärischen, justiziellen oder parlamentarischen Putschen. Die wirklichen Opfer sind wie immer die Völker, die gezwungen sind, Tote, Verletzungen, Verhaftungen, soziale und strukturelle Gewalt zu erdulden.

Die neoliberalen Regierungen bringen Hunger und Armut in unsere Länder, Zerstörung der produktiven Fähigkeiten und die Dollarisierung unserer der Finanzspekulation unterworfenen Wirtschaft, was einen kaum zu

glaubenden Inflationsprozess zur Folge hat, wie das Argentinien erlitten hat.

Die Rebellion der Völker erfolgt dann, wenn die Bedingungen unerträglich werden und die Verzweiflung zu dem vorherrschenden Gefühl wird. Hinter allen Mechanismen der Herrschaft haben die Vereinigten Staaten ihre Hände im Spiel, weil sie nicht die Kontrolle über den Kontinent verlieren wollen. Und wie in den 70er Jahren fördern sie Putsche und wenden mit Gewalt die Doktrin der nationalen Sicherheit und die Praktiken des Plans Condor II an.

Dies taten sie in Honduras gegen den Präsidenten Manuel Zelaya, ein Pilotversuch wie man einen zivilen-militärischen Staatsstreich durchführt, der als Ergebnis auch die Stärkung der nordamerikanischen Militärbasis in Palmerola brachte.

Danach folgte der zivile-parlamentarische Putsch gegen Präsident Fernando Lugo in Paraguay und der parlamentarische Putsch gegen die brasilianische Präsidentin Dilma Rousseff, gleichzeitig mit der Verhinderung der Kandidatur von Lula bei den Präsidentschaftswahlen. Der Kontinent ist Gegenstand von Putschen, seien sie parlamentarischer oder militärischer Art, deren Ziel ein und dasselbe ist: den Fortschritt der Souveränität der Völker aufzuhalten. Die Vereinigte Staaten haben einen justiziellen Krieg-„Lawfare“- in Komplizenschaft mit den hegemonialen Medien begonnen, die verurteilen bevor sie die Ereignisse überprüfen. So schafft man eine Konformität der öffentlichen Meinung und eine mentale Monokultur.

In Bolivien konnte Präsident Evo Morales verschiedene Putschversuche überwinden, wie das Gemetzel von Pando und den Aufstand in der östlichen Region Boliviens. In der Gegenwart hat sich das Land, unter Einmischung der Vereinigten Staaten, einem zivilen-militärischen Putsch unterworfen gesehen. Mit allem was folgte: Tote, Verhaftungen, Verfolgung der indigenen und der ganzen bolivianischen Bevölkerung. Die USA haben eine von Jeanine Añez, Diktatorlehrling und Marionette der Streitkräfte, angeführte de facto-Regierung eingesetzt.

Die Politik der USA ist darauf gerichtet, die Existenz unabhängiger Länder zu verhindern, die regionale Integration zu behindern und den Kontinent nach den Interessen des Internationalen Währungsfonds und den neoliberalen Politiken zurechtzubiegen. Im Falle von Argentinien richtet sich das Ziel darauf, die kommende, von Alberto Fernandez und Cristina Kirchner angeführte Regierung, zu isolieren.

Die Rebellion der Völker breitet sich auf dem Kontinent aus. In Chile hat die Regierung von Sebastián Piñera einmal mehr auf die alte Taktik zurückgegriffen, das Militär zu schicken, um die Demonstranten zu unterdrücken. Auch hier als Ergebnis Tote, Menschen die das Augenlicht verloren haben und zahllose Fälle von Verhaftungen und Folter, darunter Minderjährige. In Ecuador entfesselte man Repressionen gegen jene, die gegen die neoliberale Politik von Lenin Moreno rebelliert hatten. Dann haben wir die schwierige Lage, in der sich Haiti und Venezuela befinden.

Es ist erforderlich, dass sich die sozialen, kulturellen und politischen Organisationen vereinen und mit einer Stimme den Rücktritt des Generalsekretärs der Organisation der amerikanischen Staaten (OAS), Luis Almagro, wegen dessen Mitschuld an der Krise in Bolivien fordern. Die ist verbunden mit seiner Verantwortungslosigkeit als es darum ging die Sauberkeit der letzten Wahlen zu verifizieren und seiner Unterwerfung unter die Politik der USA, die sich einmischten, um den Wahlsieg von Evo Morales scheitern zu lassen. Almagro bedeutet eine Bedrohung für die Demokratien in ganz Lateinamerika.

Augenblicklich gibt es in Bolivien keine legitimen Gesprächspartner, selbstverständlich kann es keiner der Verschwörer des Putsches sein, Verantwortliche der entfesselten Gewalt gegen die Bevölkerung. Die Vereinten Nationen müssten dringend eine Untersuchungskommission entsenden, welche die Grundlagen für einen Frieden legen und die mörderische Gewalt stoppen könnte. Wir müssen für Bolivien den sofortigen Rückzug der bewaffneten Kräfte aus den Straßen und vom Lande fordern. Schluss mit Unterdrückung und Tod. Erinnern wir uns an die Worte von Monseñor Oscar Romero: „Kein Soldat ist verpflichtet, ungerechtfertigten Befehlen gegen sein eigenes Volk zu gehorchen“.

Es ist notwendig, dass das bolivianische Volk sich organisiert, um eine verfassungsgebende Versammlung zu bilden und unverzügliche Wahlen fordert. Es sind Untersuchungen über die vom Militär und den Sicherheitskräften verursachten Toten zu eröffnen. Es müssen die Diskriminierung, die Verfolgung und der Rassismus beendet werden. Und es muss die Entscheidung des bolivianischen Volkes für einen plurinationalen Staat respektiert werden.

Quelle: Sin permiso

Der Verfasser Adolfo Perez Esquivel ist argentinischer Menschenrechtsaktivist und Gründer der Stiftung Dienst für Frieden und Gerechtigkeit. Er erhielt 1980 den Friedensnobelpreis

Aus dem Spanischen: Herbert Löhr